

# Volksmacht

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage. Die Neue Welt, monatlich 45 Pfg., vierteljährlich 1,35 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inzerate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Expedition: Paradiesgasse Nr. 32. Redaktion: Dominikswall Nr. 8. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags.

Telephon  
Redaktion 2552

Telephon  
Expedition 2537

Nr. 12.

Danzig, den 7. Februar 1912.

3. Jahrgang.

## Berewigung des Dreiklassenwahlrechts.

Jetzt, wo der Wahlkampf zu Ende ist, fangen die Minister zu schimpfen an. Auf den Erguß des Herrn v. Dölling in der zweiten badischen Kammer folgt prompt und unmittelbar eine Dallwitzade im preußischen Abgeordnetenhaus, deren Reichthum an klöbigen Kraftworten jeden bayerischen Zentrumskaplan beschämt.

Die Schimpfkanonade des Herrn v. Dallwitz auf die Beamten, die bei den Reichstagswahlen sozialdemokratisch gewählt haben, hatte aber nur den strategischen Zweck, einen Rückzug zu decken. Das geschah freilich in der ungünstigsten Weise der Welt. Der preußische Polizeiminister hätte besser getan, nicht über Verletzung von Treu und Glauben, über Lügner, Heuchler, Eidergessene und Eiddreher zu jekteln in einer Rede, in der er eben zuvor noch mitgeteilt hatte, daß die Regierung gar nicht daran denkt, eine neue Wahlrechtsvorlage einzubringen.

Sinnfälliger konnte Herr v. Dallwitz die doppelte Moral des preußischen konservativen Junkerstaates der Öffentlichkeit nicht bloßlegen als durch dieses Splittersplittertum, das den Balken im eigenen Auge nicht sieht.

Für den kleinen Beamten soll der Dienst eine Kette sein, an der ihn die großen Herren durch das ganze Leben führen, in die geheime Wahlzelle, wo er doch als freier Bürger nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden soll. Macht er sich aber für diesen einen Augenblick, wie er darf und muß, frei von der Bevormundung seiner Vorgesetzten, dann schimpft man in ohnmächtiger Wut hinter ihm her, und kein Ausdruck der Polizeiwachstube ist zu schlecht, um ihn nicht damit zu bewerfen.

Für die großen Herren natürlich gilt die Pflicht zu Treu und Glauben nicht; sie dürfen ihre heiligsten Verheißungen brechen, dürfen sie brechen unter den niedrigsten, albernsten und lächerlichsten Vorwänden. Und wer sie daran zu erinnern wagt, daß Worte gegeben werden, um gehalten zu werden, der ist für sie ein Heher, der ins Loch gehört!

Mögen sich die zahllosen Beamten, die bei den Haupt- und Stichwahlen, ihrer staatsbürgerlichen Gewissenspflicht folgend, sozialdemokratisch gewählt, die sinnlosen Verheißungen merken, mit denen sie eine wortbrüchige Regierung besetzt hat!

Warum will denn diese Regierung auch im Jahre 1912 noch immer nicht das Wort einlösen, das sie im Jahre 1908 in feierlichster Form durch den Mund des Königs verpfändet hat? Herr v. Dallwitz sagt es: „Weil bei den bestehenden weitgehenden Meinungsverschiedenheiten über Art und Umfang der Wahlreform keine Möglichkeit gegeben ist, die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken!“

Es gibt keine Reform, die man nicht durch Anwendung der gleichen Zauberformel auf 3333 Jahre oder noch etwas länger verlagern könnte. Wann und wo gibt es denn eine Reform, über die sich alle Parteien von vornherein einig sind, über die keine weitgehenden Meinungsverschiedenheiten bestanden? Zolltarife, Heeres- und Flottenvorlagen, Steuerentwürfe und tausend andere Gesetze, worden denn ohne Kampf der Meinungsgegensätze gemacht? Und wann wäre es der Regierung eingefallen, auf solche Gesetze zu verzichten, sie auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben, zu dem es keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben wird? Wann soll denn die preußische Wahlreform überhaupt gemacht werden, wenn man darauf warten will? Etwa, bis der Erzbischof Kopp nationalliberaler Kulturkämpfer wird und Herr v. Henselbrand dem sozialdemokratischen Wahlverein von Müllisch-Trebniß beitrifft?

Am 20. Oktober 1908 ist die Wahlreform als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart anerkannt, ihre sofortige Inangriffnahme in Aussicht gestellt worden. Wußte der Verfasser seiner Thronrede nicht, daß es im preußischen Landtag „weitgehende Meinungsverschiedenheiten über Art und Umfang der Wahlreform“ gibt, hat die verantwortliche Regierung in schauderhafter Unkenntnis der Tatsachen den König zur vorzeitigen Abgabe eines unerfüllbaren Versprechens verleitet? Wohl, dann ziehe man die Minister zur Verantwortung! In Preußen ist ja nicht nur der Ministerpräsident, der inzwischen ausgeschieden ist, sondern das Gesamtministerium verantwortlich, dessen Vizepräsident damals Herr v. Bethmann Hollweg war, der Minister des Innern, in dessen Ressort damals die Wahlreform gehörte.

Herr v. Bethmann aber, der die Verantwortung trägt sowohl für die Thronrede von 1908 wie für ihre Verhöhnung durch Herrn v. Dallwitz im Jahre 1912 — Herr von Bethmann hat es vorgezogen, zu den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses überhaupt nicht zu erscheinen!

Kein Wunder, daß dieselbe Kohorte, die Herrn von Dallwitz Beifall heulte, als er die Beamten in wüsten Worten beschimpfte, in nicht minder lauten Beifall ausbrach, als derselbe Herr Minister die Absicht der Regierung ankündigte, ihr eigenes Versprechen nicht zu halten. Man kennt genugsam die Bestimmung dieser Leute, die den Bruch des gegebenen Wortes für ein Junkerprivileg, den Eiddbruch für ein königliches Privilegium halten, denen jeder Verrat

an Treu und Glauben recht ist, wenn er ihrem eigenen Vorteil dient.

„Der Eid auf die Verfassung, was ist er anderes als ein Anruf der Wahrhaftigkeit des Menschen auf die ewige Wahrheit Gottes? Wie aber, wenn der Eid auf etwas verpflichtet, soll, das dem Willen Gottes entgegen ist? Kann denn ein Eid bei Gott gegen Gott binden? Und ist nicht jede Fesselung des königlichen Willens gegen den Willen Gottes? Steht denn nicht deutlich geschrieben: „Das Herz der Könige ist in der Hand Gottes!““

So schrieb einst Polke von Berlach in der „Kreuzzeitung“, als er darauf ausging, den geistesranken König Friedrich Wilhelm IV. zum Bruch der beschworenen Verfassung zu verleiten. So denken, so handeln die Junker auch heute noch, das beweist die Leidensgeschichte der preußischen Wahlreform vom 20. Oktober 1908 bis zum 31. Januar 1912.

Aber da hilft kein Sträuben und Wortverdrehen, hilft nicht die schimpfende Unfähigkeit der Minister. Das preußische Volk weiß, daß es sein Wahlrecht nicht aus den Händen der königlichen Regierung empfangen wird. Selbst ist der Mann! Selbst ist das Volk!

## Politische Übersicht. Kapitulation.

In der Nummer 5 vom 13. Januar warfen wir die Frage auf, was die zuständigen Behörden wohl getan haben mögen, um dem seit drei Jahren ausgedehnten Steuerbetrug der Bestehenden entgegenzutreten. Inzwischen hat die preußische Regierung einen Gesetzentwurf zur Abänderung der direkten Steuern vorgelegt, und dieser Entwurf, auf dessen sonstigen Inhalt wir später noch werden zurückkommen müssen, enthält nebenbei zugleich die Antwort auf unsere Frage. Was entpuppt sich nun als Frucht der dreijährigen Bemühungen einer hohen Staatsregierung? — Nichts, rein gar nichts! Eine vollständige Kapitulation vor der Steuerhau der Bestehenden, besonders vor den großen agrarischen Besitzern.

Natürlich steht das nicht mit dürren Worten in dem Entwurf und seiner Begründung. So ungeschickt benimmt sich kein Diplomat. Im Gegenteil, wer die Vorschläge des preußischen Finanzministers arglos Gemütes liest, muß sie für sehr forsch und energisch halten. Bisher schon mußte jeder, der mehr als 3000 Mark einnimmt, die Höhe seines Einkommens selbst der Steuerbehörde angeben. Diese Selbstanzeige (Deklaration) soll nun auch für das Vermögen eingeführt werden, sobald es größer als 32 000 Mark ist. Ferner sollen beim Tode eines Steuerpflichtigen die Erben gehalten sein, ein Verzeichnis des hinterlassenen Kapitalvermögens einzureichen. Und endlich soll auf Steuerhinterziehung im Rückfalle hinstark Gefängnisstrafe setzen.

Was will man noch mehr? Es liegt doch auf der Hand, was er jeder Besitzer eines größeren Vermögens selbst angibt, und er hat, dann kann er keine Steuern unterschlagen. Und wird er wagen, falsche Angaben zu machen, wenn ihm dafür Gefängnis droht, und wenn er weiß, daß es, wenn nicht früher, so doch nach seinem Tode herauskommen wird? Muß man nicht dem preußischen Finanzminister das Zeugnis ausstellen, daß er das Menschennögliche für die künftige Verhinderung des Steuerbetruges getan hat?

Das ist der erste Eindruck, den der harmlose Staatsbürger von dieser neuesten Aktion seiner Regierung empfängt. Wer aber tiefer in die Sache eindringt, dem zeigt sich ein wesentlich anderes Bild.

Man muß in Preußen unterscheiden zwischen der Vermögenssteuer und der Einkommensteuer. Als Professor Delbrück im Jahre 1909 jene ungeheuren Unterschlagungen feststellte, diente ihm als Grundlage die Vermögenssteuer. An Hand der Feuerversicherungen und anderer bekannter Daten rechnete er aus, wieviel Vermögen es in Preußen ungefähr geben mag; damit verglich er die Summe besitzenden Vermögens, für welches Steuer bezahlt wird, und kam so auf eine Differenz von 50—60 Milliarden. Alsbad aber merkte er — und hat es schon im April 1909 deutlich zum Ausdruck gebracht — daß die großen Unterschlagungen nicht bei der Vermögenssteuer begangen werden, die so niedrig ist, daß es sich kaum belohnt, sondern bei der Einkommensteuer. Hier ist eine genaue Berechnung nicht möglich, weil wir ja eben nicht wissen, wie hoch das tatsächliche Einkommen ist. Statt dessen hat Professor Delbrück so viele Einzelfälle angeführt, daß die Sache nicht bezweifelt werden kann. Sie ist auch kaum bestritten worden. Nur einige, ganz wenige der Fälle, die damals durch alle Zeitungen gingen, seien in Erinnerung gerufen. Professor Delbrück schrieb u. a. im April 1909:

„Im Finanzministerium wurde mir erzählt, man habe in einem einzigen Jahre 13 Fälle gehabt, wo Millionäre angeben hätten, sie hätten kein Einkommen; bei der Nachprüfung habe sich herausgestellt, daß das ganz zutreffend war: es waren große Geschäftsleute, die aus ihren Büchern nachwiesen, daß sie tatsächlich im Durchschnitt der drei letzten Jahre mit Verlust gearbeitet hätten. Auch bei Landwirten kommt das nicht selten vor.“

Ein „großer Beamter aus Pommern“ schrieb Herrn Delbrück „Großgrundbesitzer, deren Hausstand, gesellschaftlicher Aufwand, Vergnügungsreisen usw. einen Aufwand von 20 000 Mark und mehr erfordern, werden kaum als mittlere Beamte mit 1500—1800 Mark eingeschätzt; ja es kommen Fälle vor, daß kaum die Grenze des Einkommens mit 900 Mark erreicht wird, um zur Einkommensteuer herangezogen zu werden.“

„Aus einer Gegend Silesiens sind mir,“ schrieb Herr Delbrück, „ganze Register zugestellt worden, aus denen eine überaus geringe Veranlagung deutlich hervorgeht.“

Die Deutsche Zeitung (vom 14. März 1909) veröffentlichte u. a. folgende Zuschrift: „Während die Lebenshaltung der meisten Grundbesitzer meiner Nachbarschaft über die meingie erheblich hinausgeht, machte ich bei der letzten Landtagswahl durch einen Blick in die Steuerliste die Wahrnehmung, daß einer dieser Herren (Haushalt: 2 Inspektoren, 1 Kammer, 1 Diener, 2 Mädchen, 1 Kutscher, 1 Stallburche, 4 Kutsch-, 2 Reitpferde, das übrige dementsprechend) weniger als den fünften Teil meiner Einkommensteuer bezahlte.“

Halten wir also fest: die großen und größten Unterschlagungen werden bei der Einkommensteuer gemacht. Für diese besteht die Pflicht zur Selbstanzeige schon seit bald zwanzig Jahren. Geht man diesem Uebel zu Leibe, wenn man jetzt die gleiche Pflicht auch für die Vermögenssteuer einführt? Wir sind mit dieser neuen Maßregel natürlich einverstanden. Aber wo, Herr Finanzminister, bleiben die Maßnahmen zur richtigeren Ermittlung des Einkommens? — Die einzige ist, daß auch hier, ebenso wie bei der Vermögenssteuer, Gefängnisstrafe angedroht werden soll. Aber die Münzberger hängen keinen, sie hätten ihn dem zuvor. Die Angst vor Strafe allein macht's nicht, sonst kämen schon jetzt keine Hinterziehungen vor, denn recht empfindliche Geldstrafe steht schon darauf. Sie bleibt ohne Wirkung, solange diese reichen Betrüger sicher sind, daß man sie nicht ertappt! Aufgabe der Regierung wäre es nun gewesen, zu erforschen, woran es wohl liegen mag, daß die Steuerbehörden so leicht hinters Licht geführt werden können. Daneben mögen verschärfte Strafen ganz gut sein. Aber das war die Hauptsache. Und hierfür hat sie nun in der Zwischenzeit eine ganze Literatur von sehr sachkundigen Leuten angesammelt. Schon Herr Delbrück selbst hat sich damit befaßt. Er fand die Ursache in der mangelhaften Organisation der mit der Einschätzung betrauten Behörden. Zwar hat er sich eifrig dagegen verwahrt, den beteiligten Beamten, d. h. hauptsächlich den Landräten, die in der Regel die Vorarbeiten der Veranlagungskommissionen sind, ein persönliches Verschulden beizumessen. Aber lassen wir die Tatsachen reden:

„Ein mir als zuverlässig bekannter Herr aus Pommern schreibt mir, er sei auch einmal Mitglied der Veranlagungskommission in seinem Kreise gewesen und habe da er folgendes erlebt. Ein Gutbesitzer deklarierete 18 Mark Ertrag vom Hektar und kam mit dieser Deklaration, nachdem er seine Schulden abgezogen, auf fast gar keine Steuer. Man verhandelte darüber und die Kommission setzte ihn auf 21 Mark. Nach einigen Tagen deklarierete ein Bauer aus demselben Dorfe (auch noch zu gering) 82 Mark für den Hektar. „Ich denke,“ warf der Herr in die Kommission ein, „der Boden ist dort so milerabel, daß bloß 18 bis 21 Mark herauskommen.“ „Ja,“ sagte die Majorität, „das ist es ja eben, bei der Separation (Aufteilung) haben die Bauern die fetten Stücke bekommen und die Großgrundbesitzer das Urland.“ Im nächsten Jahre war der Herr, der so überflüssige Fragen stellte, nicht mehr Mitglied der Kommission.“

Ein anderer Fall. Die Düsseldorfener Zeitung (Anzeiger Nr. 1) vom 1. März 1909 erzählt: „Ein Gewerbetreibender, der in enger geschäftlicher Fühlung mit der gesamten Landwirtschaft seines Kreises steht, spricht in vertrauter Gesellschaft von seiner Deklaration, auf Grund deren er ein Einkommen von 10 000 Mark versteuert, das persönliche Schweigen der Zuhörer, die sämtlich wissen, daß der Mann etwa den zehnfachen Betrag jährlich zurücklegt, bricht schließlich eine schwärmerische Frage. „Mein Lieber,“ antwortet der Jubelstriele, „wenn ich es mir bekommen ließe, 100 000 Mark zu deklarieren, so würde mir erstens einmal, wenns bekannt würde, der Böbel die Fenster einwerfen und mein Haus demolieren. Dann aber erhielt ich eine freundliche Aufforderung des Herrn Landrats zu einem Besuch, und bei diesem Besuch bekäme ich folgendes zu hören: „Berehrter Herr, es ist Ihnen ja wohl bekannt, daß unser Reichstagsabgeordneter A, der größte Besitzer im Kreise, ein Einkommen von 12 000 Mark hat; Herr Oberamtmann B, der Richter des großen Lomänenkomplexes, versteuert 8000, und ich selbst, der ich ja auch etwas Grundbesitz habe, komme trotz meines Beamtengehalts nicht höher. Ich darf wohl mit Sicherheit annehmen, daß Sie sich bei Ihren Angaben geirrt und eine Null zu viel hingeschrieben haben.““

Endlich noch ein letzter Fall. Ein Landrat war mit 2400 Mk. eingeschätzt. Als sein Sohn Kavallerieoffizier werden sollte, mußte er einen jährlichen Zuschuß von 3000 Mark garantieren. Er schätzte deshalb sein Einkommen auf 4000 Mark ein und ließ sich vom Landrat bescheinigen, daß er mit dem Rest von 1000 Mark noch standesgemäß leben könne.“

Wenn man auf der einen Seite solche Dinge veröffentlicht, soll man nicht auf der andern so tun, als ob die Beamten gar keine Schuld träge. In den beiden letzten Fällen müßten die Landräte ja geradezu Idioten sein, wenn sie die Tragweite dessen, was sie taten, nicht ganz genau gefaßt haben sollten! Jedenfalls liegt hier der Schlüssel der ganzen Frage, und deshalb kommt denn auch Herr Delbrück — ebenso wie andere hervorragende Steuerleute — zu dem Schluß, daß das Versagen der Einschätzung geändert, daß es vor allen Dingen den Landräten abgenommen werden müsse. Wie sich zu diesem Vorschlag die preußische Regierung stellt, darauf kommt es an.

## Deutschland.

### Preußisches Abgeordnetenhaus.

#### Der Durst nach Arbeiterblut.

Was war Moabit? Ein Triumph des Böfels; ein wahres Wunder, daß überhaupt noch einige von den viertausend Schutzleuten, die in jenen herrlichen Septembertagen Krone und Altar und den Geldsack von Kupfer u. Co. zu schützen hatten, mit dem Leben davonkommen sind!

Das war so der Sinn der Rede, die der Junker v. Hennigs in der preußischen Dreiklassenversammlung hielt. Er betrachtete offenbar die famose Rede seines ebenbürtigen Standesgenossen v. Dallwitz als den geeigneten Anlaß, um wieder die Schlichthymne der preußischen Konservativen, den Schrei nach Ausnahmegehörten, nach Niedermegung von Arbeitern, die nicht zu jeden Bedingungen arbeitsfähig sind, anzustimmen. Herr v. Hennigs fordert, daß die Arbeiter



gältnisse zu hören. Vom 1. Mai 1912 ab soll nur eine Verbesserung eintreten. Mit einer neuen Schnellzugverbindung wird es möglich sein, in sechs Stunden Berlin zu erreichen. Morgens um 8 Uhr 5 Minuten geht der Zug von Danzig ab und trifft in Berlin nachmittags um 2 Uhr 47 Minuten ein. Aufenthalte sind nur für Dirschau und Schneidemühl vorgesehen. Der Zug fährt aber nur 1. und 2. Klasse. Damit ist es der Arbeiterschaft und auch dem größten Teile des Bürgertums unmöglich gemacht, ihn zu benutzen. Warum die 3. Klasse ausgeschlossen wurde ist unverständlich, da bekannt ist, daß der Staat an der 1. Klasse Geld zahlt und an der 2. nichts verdient. Der weitaus größte Teil des Volkes geht bei der „Reform“ wieder einmal leer aus und nur einige reiche Leute erhalten auf Kosten der Allgemeinheit eine neue Annehmlichkeit. Die Lobeshymnen, die die Danziger Neuesten anstimmen, waren nirgends weniger angebracht als hier.

**Warnung vor einem Geheimmittel.** Eine Arznei gegen Trunksucht, gelangt unter dem Namen *Ucola* oder auch unter der Bezeichnung *Trunksuchtmittel* der Frau *Anderson* in *Hilfshorn N. Y.* in den Handel. Die Beschreibung wird vor Ankauf und Gebrauch des Trunksuchtmittels auch unter dieser Bezeichnung gewarnt. In einem ministeriellen Rundschreiben wird darauf hingewiesen, daß bisher keinerlei Arznei für die Entwöhnung vom Trunk als wirksam erwiesen hat, vielmehr nur Entziehung aller alkoholischen Getränke, wenn nötig unter Überführung des Trunkers in eine geeignete Heilanstalt, bei der Behandlung der Trunksucht Erfolge liefern kann. Möge also das Publikum für solche „Mittel“ nicht unnütz sein Geld hinauswerfen.

**Bericht des Arbeitersekretariats für Januar 1912.** Die Zahl der Besucher betrug 411 (376 im Vormonat). Gewerkschaftlich organisiert waren 137 (137), gewerkschaftlich und politisch 60 (60), nur politisch 26 (31), organisationsunfähig 22 (27), unorganisiert 166 (120). Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 386 (420). Schriftsätze wurden 105 (84) angefertigt. Leser der Volkswacht waren 134 (117) Personen.

Ein zweiter Blumenrummel wird wieder für das Jahr 1912 geplant. Ein Komitee unter Leitung des Oberbürgermeisters hat schon beschlossen, daß im Juni wieder eine Schöpfung der großen Masse durch den Blumentag erfolgen soll. Wieder sind es selbstverständlich die Kinder, deren man sich in überströmender Menschenschuldlichkeit aus den Taschen der anderen erbarmen will.

Die Herrschaften, die sich bisher auf Bayern und Wohlthätigkeitsbuzaren für das Wohl der Hungernden amüsierten, haben also Geschmack daran gefunden, sich selbst um diese verarmte Ausgebildete durch den Blumenrummel zu drücken. Der Rummel hat in anderen Städten gleich nach der ersten Aufführung so abgewirtschaftet, daß man an seine Wiederholung nicht mehr denkt. Daß der Rummel mit sozialer Fürsorge gar nichts zu tun hat, das beweisen genügend der vorjährige Jahrmaktsrummel und die Subventionen für die Arbeitervereine, die den Löwenanteil in die Tasche stecken. Die Arbeitermacht macht den pharisäischen Hohn des verlogenen Blumenrummels nicht mit! Sie wird auch darauf wieder in der würdigen Weise zu antworten wissen, die statt des Almosenhumbugs menschliche Rechte fordert.

Auf der Straße sind infolge der Glätte wiederholt Personen zu Fall gekommen und dabei verunglückt: Der 44-jährige Arbeiter *Eichholz* brach den linken Hüftgelenk. Der Arbeiter *Miotke* aus *Emaus* trug eine schwere Kopfverletzung davon.

Der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt hielt am 2. Februar im Bürgergarten seine Generalversammlung ab.

In seinem Referat über das Ergebnis der Reichstagswahlen gab *Genosse Crispian* ein Bild der Wahlsfortschritte in Westpreußen und unserer großen Erfolge im übrigen Deutschland. Die reichsverbändlerische Kampfesweise des *Weinhausenfreisinnigen*, der selbst die niedrigste Terrorismusstufe und sogar die Beschuldigung des „gemeinen Landesverrats“ nicht verschämte, habe in Danzig-Stadt nicht den Aufstieg der Sozialdemokratie verhindern können. Auch die einzig liberale Freisinnigkeit, die es als Schande bezeichnete, wenn Danzig keinen Kronprinzlichen Hofstaketen in den Reichstag schickte, habe der *Börsenpartei* nicht in der erwarteten Weise genützt. Im höchsten Maße charakterlos habe sich der Freisinn zur Eitelkeit im Landkreise gezeigt. Trotz der telephonischen durch den freisinnigen Parteisekretär *Kreil* gegebenen Zusage, daß man sich gegen den schwarzblauen Block entscheiden habe, erklärte man

sich schließlich ganz unzweideutig für diesen, indem man die Abstimmung freigab! In *Elbing-Marienburger* sei *Odenburg* zwar gestürzt, aber infolge von betrügerischen Wahltricks und Bestechungen ein ebenso großer Volksfeind an seine Stelle getreten. Scharf kritisch besprach der Referent auch die Vorgänge bei der Wahl in *Schwach*, die zu den bekannten Unruhen bei der Stichwahl führten, bei denen allein durch die finanzielle Hilfe des „freisinnigen“ Komiteesrats *Münsterberg* auch *Danziger* Kandidaten für den freisinnigen Landrat v. *Halem* mobil gemacht wurden! Es besteht kaum ein Zweifel, darüber, daß der Block bereits im ersten Wahlgange gerührt wurde.

Im allgemeinen dürfe man sich über die Vernichtung der Reaktion im Reichstage keine Illusionen machen. Ein Wendepunkt im Interesse des Volkes sei nicht erreicht. Der gepriesene Block der Linken sei mindestens in dem nationalliberalen Teil alles, nur nicht zuverlässig in der Vertretung der Volksrechte. Auch die linksliberalen Schwärmer heute für die Rüstungs- und Kolonialpolitik. Darin seien sie von den Konservativen gar nicht mehr zu unterscheiden. Und königstreue seien sie, entgegen ihrer früheren Stellung, weil sie in der Monarchie den besten Schutz gegen die Sozialdemokratie sahen. Der Wahlkampf brachte nichts als einen großen Sieg der Sozialdemokratie. Selbstverständlich müsse diese auch einen Sitz im Reichstagspräsidium fordern ohne andere als in der Geschäftsordnung vorgeschriebene Pflichten zu übernehmen. Was uns bevorstehe, zeigten die Ausfälle des Polizeiministers *Dallwitz* im Abgeordnetenhaus und seine Erklärung, daß es eine neue Wahlrechtsvorlage in Preußen nicht geben soll. Die klassenbewußte Arbeiterschaft dürfe daher nicht aufhören, zum Kampfe, der zum endgültigen Siege führe, zu rufen. Eine Debatte folgte diesen Ausführungen nicht.

*Genosse Rastkies* gab dann den Kassenbericht für das 4. Quartal 1911. Die Gesamteinnahme betrug 2163,34 Mark, die Ausgabe 1705,86 Mark und der verbleibende Bestand 457,48 Mark. Die Mitgliederzahl stieg auf 1692, darunter 380 Genossinnen.

Auf Antrag der Revisoren *Rollenhauer* und *B. Schmidt* wurde die *Ver* nge einstimmig erteilt.

„In Stelle des wegen anderer Parteiarbeiten verhinderten *Genossen Cornelsen* wurde *Brill* in die Presse-Kommission gewählt.

### Zoppot.

Das amtliche Wahlergebnis für den Kreis *Neustadt-Marthaus* ergab für den *Genossen Sellin* 316 Stimmen. Das ist gegen das Jahr 1907, in dem 142 Stimmen für unsere Partei gezählt wurden, eine Zunahme von 174. Von den 316 Stimmen der diesjährigen Wahlen entfallen 219 allein auf die Stadt *Zoppot*. *Genosse Giltz*, der 1907 für uns kandidierte, erhielt damals in *Zoppot* 107 Stimmen. Im Vergleich zu der *Menge Proletariat*, die in *Zoppot* wohnt, ist allerdings selbst das diesjährige Ergebnis bescheiden. Wer indessen den starken Prozentsatz würdigt, den die polnische und die katholische Bevölkerung in *Zoppot* darstellt und weiter erwägt, daß in einem Luxusbadort es der Arbeiterschaft doppelt schwer fällt, Boden zu gewinnen, der wird die von den *Zoppoter* Genossen geleistete Aufklärungsarbeit nicht gering schätzen. Auch die nordische *Miviera* sieht das Erwachen des Proletariats und weber Reichsverband noch Pfaffenfrug wird die *Zoppoter* Arbeiterschaft von ihren kämpfenden Brüdern zu trennen vermögen.

So vergeht die Herrlichkeit der Welt! Der Bund der Landwirte hatte für *Sagorsh*, *Rahmel* und *Im* gegen eine Verammung einberufen und einen Wanderredner zu ihr entsandt. Dieser konnte jedoch den angekündigten Vortrag nicht halten, da nur ein einziger Zuhörer erschienen war. Bis auf ihn hatten die bisherigen Mitglieder des Bundes diesem den Rücken gefehrt.

### Thorn.

Um ein paar Kohlen. In der „Presse“ findet sich unter den Gerichtsverhandlungen der letzten Tage folgender Strafkammerbericht:

Diebstahl im Rückfalle bildete auch den Gegenstand der Anklage gegen die unverschämte Arbeiterin *Elisabeth Ruz* aus *Rudak*. Sie brachte im November v. J. ihrem Vater, der in der Biegerei des Herrn *Wiebusch* in *Rudak* beschäftigt war, das Frühstück und nahm dabei einige Pfund Kohlen, die neben dem Ofen lagen. Den Diebstahl hatte Herr *Wiebusch* bemerkt und die Angeklagte ver-

urteilt, die Kohlen aus ihrem Korbe wieder auszuschütten. Da diese Kohlendiebstahl recht häufig sind, so wurde *Angeklagte* erkräftet. Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis. Sowohl der Staatsanwalt als auch der Gerichtshof bedauerten, daß trotz der Vermögenslosigkeit des Objekts eine niedrigere Strafe nicht zulässig ist, da es sich um Rückfall handelt.

Seit Jahren ist die Härte dieser Gesetzbestimmung ein Verhängnis für jeden denkenden und empfindenden Menschen. Selbst die Regierung hat sich dem nicht verschlossen und verlangte in ihrer sogenannten kleinen Strafrechtsnovelle, daß die für den Mordraub geltenden leichten Strafbestimmungen auf Gegenstände des häuslichen Gebrauchs Ausdehnung fänden. Am 30. November 1907 kündigte der Reichsanwalt *Fürst Bülow* in der Etatsdebatte eine Änderung des Strafgesetzes an. Im März 1909 ging der Entwurf dem Reichstage zu. Derhottentotenreichstag aber hatte keine Zeit. Die Ausplünderung des Volkes durch die Finanzreform und die volksfeindliche Inzenerierung der Reichsversicherungsordnung war ihm wichtiger. So blieb die Strafrechtsnovelle zwischen der zweiten und der dritten Lesung stecken. Der Seniorensenator hatte zwar ursprünglich beschlossen, die dritte Lesung noch vorzunehmen, er kam indessen nicht mehr dazu. Auf sozialdemokratische und auf Zentrumsanregung hin verhandelten Mitglieder aller Parteien und wollten wenigstens die Milderungen bei einer Reihe kleinerer Verstöße retten. Es war Neigung für ein solches Kompromiß vorhanden. Das scheiterte indessen, weil die wirtschaftliche Vereinigung und ein Teil der Nationalliberalen Anstoß an der Vorchrift über religiös vorgeschriebene Schlachtungen nahmen. Auf die Auscheidung der Tierquälervorschriften wollte wieder das Zentrum nicht Abstand nehmen. So fiel die dritte Lesung und die Annahme mildernder Bestimmungen für kleinere Eigentumsvergehen ins Wasser, weil die Antisemiten nicht auf ein paar längere Reden zugunsten des Schächtverbots verzichten wollten. Wenn also der Richter wegen Entwendung einiger Kohlenstücke auf drei Monate Gefängnis erkennen muß, sind Antisemiten und Nationalliberale daran schuld.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.  
Zahlstelle Elbing.

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem Ableben der beiden Kollegen

**August Blietschau**  
Lenzen 1776  
und  
**Karl Müller**  
Grunau Höhe  
in Kenntnis zu setzen.  
Wir werden beiden Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Ortsverwaltung.

**Carl Steinbrück**  
Altstadt, Graben 92  
Telefon 679  
Eisenwaren  
Eiserne Oefen  
Emaillierte Schüden.

Arbeiter! Agitiert für Eure Volkswacht!

Enorm billiger Möbel-Verkauf!

Kleiderschränke v. 28 Mk. an  
Vertikos . . . . . von 26 „  
Sofas . . . . . von 35 „  
Chaiselongues . . . von 28 „  
Tische . . . . . von 8 „  
Stühle . . . . . von 2,50 „  
Pfeilerspiegel . . . von 9,50 „  
Paneelbreiter . . . von 3,50 „  
Etageren . . . . . von 8,50 „  
Waschtische . . . . von 29 „  
Küchenschränke . . von 24 „  
Bettsstellen . . . . von 15 „

nur im Möbelkaufhaus  
Breitgasse 16.

Wir gestatten uns, unserer geehrten Kundschaft die ergebene Mitteilung zu machen, daß wir unsere Danziger Fabrikdetailgeschäfte an die Firma

**Danziger Margarine-Consum-Hallen**  
G. m. b. H.

deren Leitung Herr Kaufmann **Erich Dyck** übernommen hat, abgegeben haben.

Wir danken für das uns in so reichem Maße erwiesene Wohlwollen und bitten, dasselbe auch auf unsere Nachfolger zu übertragen.

**Erste Danziger Margarine-Fabrik**  
**Conring & Co., G. m. b. H., Danzig.**

Wir beziehen uns auf die nebenstehende Mitteilung der **Ersten Danziger Margarine-Fabrik Conring & Co., G. m. b. H., Danzig** und soll es fortan unser Ziel sein, durch denkbar beste Bedienung den bisherigen Kundenkreis zu erhalten und noch zu vergrößern. — Insbesondere sind wir durch die getroffenen Vereinbarungen in der Lage, täglich frische Ware anbieten zu können und bitten wir, unser Unternehmen zu unterstützen.

**Danziger Margarine-Consum-Hallen**  
G. m. b. H.

**Erich Dyck.**

Auf **Kredit Möbel**  
Herren- u. Damen-Garderobe  
Liefert bei kleiner Anzahlung  
**Blumenreich**  
DANZIG  
Breitgasse 16  
Gegründet 1881

**Wissenschaftliche Lichtbilder-Vorträge. Meenzen.**

Im Café **Alt-Weinberg**, Schidlitz, Weinbergstraße.

1. Vortrag: **Bölkerrunde: Die Balkanhalbinsel.**  
Sonabend, den 10. Februar, abends 8 Uhr.  
Karten: Vorverkauf 25 Pfennig, Kasse 30 Pfennig.

2. Vortrag: **Bölkerrunde: Indien.**  
Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr.  
Karten: Vorverkauf 25 Pfennig, Kasse 30 Pf.

3. Vortrag: **Naturwissenschaft: Die Morgenröte des Menschengeschlechts.**  
Sonntag, den 11. Februar, abends 7 Uhr.  
Karten: Vorverkauf 25 Pfennig, Kasse 30 Pfennig. 1725

4. **Kindervortrag.** Im Sonabend, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr findet einer der beliebtesten Kindervorträge statt. Neues Programm. Karten pro Person 10 Pfennig.

Karten sind im Vorverkauf zu haben bei den Hauskassierern, den Zeitungsfrauen, in der Expedition *Paradiesgasse 32* und in den **Berufsbüros.**

Der Bildungsausschuß.

# Berichtliches.

## Eine feine christliche Familie.

Vor dem oberbayerischen Schwurgericht in München hatte sich die 19 Jahre alte Tochter eines armen Gemeindeflebers und Schneiders aus der Oberpfalz wegen eines Verbrechens der verführten Kindesbstimmung zu verantworten. Das Mädchen wurde von seinem Vater, einem eifrigen Zentrumsmann, streng religiös erzogen. Als das Mädchen 19 Jahre alt wurde, war der Mann froh, die Tochter von der elterlichen Scholle wegzubringen. Besorgt um das religiöse und sittliche Wohl seiner Tochter, bemühte er sich, sie in einem christlichen Hause unterzubringen. Er wandte sich an einen Bartelfreund, den Fleischwarenhandwerker Jakob Gürtler in München, der sich bereit erklärte, das Mädchen für einen Monatslohn von 12 Mark (!) in seine Dienste zu nehmen. Im Februar trat das Mädchen ein, und schon im April hatte der 21 Jahre alte Sohn des Gürtler das unbefohlene Mädchen zu Fall gebracht. Von da

ab vertehrte nicht nur der Junge, sondern auch der alte Gürtler mit dem Mädchen fortgehe, mit der Folge, daß das Mädchen, das der fromme Dienstherr zum lässigen Kleinfleber anheft, in andere Umstände kam. Am 3. Dezember gebar das Dienstmädchen ein Kind, das sie in Zeitungspapier einwickelte und in die Rehrichttonne legte. Dann ging das Mädchen zur Kirche und betete, damit das Kind von mitleidigen Seelen gefunden und aufgenommen werde. Das Kind wurde eine Stunde später blau gefroren aber noch lebend von einer Hauswirthin gefunden; die vermuthliche Kindesmutter von einer Hebamme untersucht, wusch nach der Frauenklinik und nach 14 Tagen ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Der laubere Dienstherr Jakob Gürtler und sein ihm ebenbürtiger Sohn sind eifrige Zentrumssagittoren. Der alte Gürtler spielte in der unter Aufsicht der Deffenlichkeit durchgeführten Verhandlung die denkbar traurigste Rolle. Der Junge Gürtler schickte erst an das Gericht einen Brief mit dem Ersuchen, man möge ihn mit Rücksicht auf seine politische Stellung vom persönlichen Erkennen

entbinden! Das Gericht lehnte dies selbstverständlich ab, worauf Gürtler Jun. ein ärztliches Zeugnis einholte, wonach er infolge einer — Blinddarmentzündung am persönlichen Erscheinen verhindert sei. Die Angeklagte erklärte, daß sie infolge schlechter Behandlung sich den beiden Gürtlern hingegeben habe. Der Junge Gürtler stellte an sie auch noch Zumuthungen perverfer Art, die sie abgelehnt habe. Bezeichnend ist die Tatsache, daß die feine christliche Familie die Kosten der Untersuchung und die Behandlung des Kindes durch die Hebamme im Betrag von 6.30 Mark dem bedauernswerten Geschöpf vom Lohn abzog. Der Verteidiger meinte, wenn der Gemeindefleber seine Tochter gleich in ein Bordell gegeben hätte, wäre sie besser daran gewesen, als in dem christlichen Hause der Gürtler. Die Geschworenen sprachen die Angeklagte lediglich wegen Kindesaussetzung schuldig, worauf das bedauernde Geschöpf zum Strafminimum von sechs Monaten Gefängnis abzüglich einen Monat Untersuchungshaft verurteilt wurde. — Die beiden frommen Schufte gehen leer aus.

# Gebr. Freymann's 95 Pfennig-Woche

<b>1 Filztuch-Garnitur</b> (2 Scheib und 1 Lambrequin) <b>95</b>	<b>1 Kissen</b> mit russ. Leinen mit Bord- u. Fransen-Garn. <b>95</b>	<b>Alle Artikel nur soweit Vorrat!</b>	<b>Postkarten-Alben</b> 400, 500 und 600 Karten <b>95</b>	<b>Transkriptionen-Alben</b> über beliebige u. berühmte Lieder 2 ms. <b>95</b>
<b>Aus der Teppich- und Gardinen-Abteilung.</b> 1 Filztuch-Lambrequin mit echter Stickerei <b>95</b> 1 Leinen-Lambrequin mit feiner Stickerei <b>95</b> 1 Filztuch-Tischdecke m. Stickerei <b>95</b> 1 Leinen-Tisch-Decke mit Stickerei <b>95</b> 1 Tisch-Handtuch, weiß oder creme <b>95</b> 1 Kinder-Beistühle, Arbeit mit Handweben <b>95</b> 1 Kindersagittor, Strappdecke, doppelt <b>95</b> 1 Einsteck-Schreibergarnitur <b>95</b> 1 Ränderarbeit <b>95</b> 1 mit Reservorlage mit Franse <b>95</b> 1 Leinwand-Läufer und 2 Decken <b>95</b>	<b>Handarbeiten.</b> Satin-Augusta-Art, sog. Fischleinen, mit Einfassung gezeichnet. Besenvorhang <b>95</b> Küchengeradehandtuch <b>95</b> Küchenschürze <b>95</b> Waschkorbdecke <b>95</b> 1 Hestektasche für 1 Dutzend Messer und Gabeln <b>95</b> 1 Bettwandschoner, Anlaststoff, mit Einsatz und Blendengarnitur <b>95</b> 1 Waschebeutel, Aidastoff, mit Blendengarnitur <b>95</b> 1 Stuben-Paradehandtuch <b>95</b> 1 Waschtischgarnitur, mit Fransenstoff und Spitze <b>95</b>	<b>Kurzwaren.</b> 3 Meter-Samt-Vorhang in allen Farben <b>95</b> 2 Paar Bandagen-Strumpfhalter, extra stark <b>95</b> 1 Paar Damen-Strumpfhalter, Seide mit Rüsche } zus. <b>95</b> 1 Paar Kind-Strumpfhalt. } <b>95</b> 12 Roll. Heltgarn, 10gr. Roll. } zus. <b>95</b> 2 gr. Roll. Kontakt-Garn } <b>95</b> 12 Paar Makka-Schuhentel, 120cm lang, braun od. schwarz <b>95</b> 1 Futterstoffe, Kimerenschacht <b>95</b> 20 Met. la Lein-Redeaus- } <b>95</b> Kordel, 5 Met. Gardinen- } <b>95</b> Ringbl., weicherem, gelb } <b>95</b>	<b>Papierwaren.</b> 500 Geschäftskouvert, gute Qual. reguläre Waite <b>95</b> 200 weiße Quart-Kuverts <b>95</b> 150 Bogen weiß. liniert od. kariert <b>95</b> Quarzpapier, gute Qualität <b>95</b> 250 Bogen dasselbe, Oktav <b>95</b> 100 Bogen Reichsadler, Kanzlei <b>95</b> 150 Bogen gutes Konzeptpapier <b>95</b> 200 Bogen gutes Konzeptpapier <b>95</b> 1 Gros Perry-Federn <b>95</b> 1 Gros Bremer Borsensfedern <b>95</b> 1 Strazze 380 Seiten mit starkem Deckel <b>95</b> 10 Rollen Toilettenpapier <b>95</b> 6 Rollen Butterbrot, 600 Bl <b>95</b>	<b>Noten.</b> „Zinnsoledaten“ <b>95</b> Walzer „Wenn die Fäulchen sich heben“ <b>95</b> Walzer „Wer kann dafür“ <b>95</b> Walzer „Musikantenmädel“ <b>95</b> Liebestanz aus „Madame Sherry“ <b>95</b> In der Liebeslaube, Gesang u. Klav. <b>95</b> Mariechen-Polka, Neuester Pariser Schlager <b>95</b> Aus „Moderne Eva, Ges. und Klavier“ <b>95</b> Klar. B. 6, Deutsche Lustspiel-Ouvertüre <b>95</b> Stenzenfels am Rhein <b>95</b> An der Weser <b>95</b> Rastelbind. „Wenn sich zweilieben“ <b>95</b>
<b>1 Fell-Vorlage</b> (10 massische Ziegel) <b>95</b>	<b>1 Vorlage</b> mit Franzen mod. Zeichnungen <b>95</b>	<b>1 Briefmarken-Alben</b> und 150 Briefmarken <b>95</b>	<b>250 weiße Crêpe-Servietten</b> <b>95</b> <b>150 bunte Crêpe-Servietten</b> <b>95</b>	<b>2 Cramer Opern-Potpourris</b> Original-Ausgabe 2 ms. <b>95</b>
<b>Leinen- und Baumwollwaren.</b> 3 Meter Fein-Leinwand <b>95</b> 3 Meter Hemdenzeug <b>95</b> 3 Meter Leinen <b>95</b> 2 1/2 Meter Madapolam <b>95</b> 2 1/2 Meter Handtuch <b>95</b> 2 Meter mit Maktkotzen <b>95</b> 3 Meter Handtuch <b>95</b> 2 Stoffhandtücher <b>95</b> 1 Tischläufer <b>95</b> 3 Servietten <b>95</b> 6 Tischtücher <b>95</b>	<b>Wäsche.</b> 1 Damenhemd mit Adelschleife u. Stickerei, besetzt <b>95</b> 1 Damen-Bekleid. Knie- oder Langtasson <b>95</b> 1 Damen-Nachjacke, Körperband mit Trimmig-Besatz <b>95</b> 1 Stickerei-Lace, alle mit Rückenstickerei <b>95</b> 1 Stickerei-Unterwäsche, amerikan. Passon mit auswechselbaren Fischbeinstäben <b>95</b>	<b>Lederwaren.</b> 1 Leder-Brieftasche <b>95</b> 1 Leder-Zigarettasche <b>95</b> 1 Leder-Damenhandtasche, moderne Trapezfassen <b>95</b> 1 Samt-Handtasche und Leder-Portemonnaie <b>95</b> 1 Reisehandtasche <b>95</b> 1 Marktasche mit Deckel und Lederriemen <b>95</b> 1 Saffian-Herr- oder Damen-Portemonnaie <b>95</b> 1 eleg. Damen-Handtasche <b>95</b>	<b>Schuhwaren.</b> 1 Paar Damen-imit. Kamelhaarschuhe m. Filz- u. Linoleumsöhle <b>95</b> 1 Paar Damen-Mitt.-Hausschuhe mit Filz- und Linoleumsöhle <b>95</b> 1 Paar Damen-Tuchpantoffeln m. Filzsohle <b>95</b> 1 Paar Dam.-Plüschpantoffeln m. fester Ledersohle u. Absatzlecke <b>95</b> 1 Paar Herren-Mitt.-Pantoffeln m. Fuzsohle <b>95</b>	<b>Haushaltwaren.</b> 1 Handtuchhalter, Hartholz mit beweglichem Stab <b>95</b> 1 Putzkommode mit 3 Schubladen <b>95</b> 1 Küchengerade mit 3 Leisten <b>95</b> 1 Quirgarnitur mit Einlage <b>95</b> 2 Putz- und Wickelkästen <b>95</b> 1 Eierschrank für 30 Eier <b>95</b> 1 Gewürz-Etagere, Buchenholz <b>95</b> 1 Kleiderbügel m. Hosenstrecker <b>95</b> 1 Wärmflasche <b>95</b> 1 Kohlenkasten mit Holzboden <b>95</b>
<b>1 Bettlaken</b> gute Qualität <b>95</b>	<b>1 Parade-Kopfkissen</b> <b>95</b>	<b>1 Photographie-Alben</b> <b>95</b>	<b>1 Rasierspiegel,</b> Zelluloid doppelt, vergröß. <b>95</b>	<b>1 Wiegemeßer</b> doppelt <b>95</b>
<b>Herren-Artikel.</b> 1 Stück Herren-Kragen, die Weiten, moderne Passon <b>95</b> 2 Paar Manschetten, vorz. Qual. <b>95</b> 1 Paar starke Herren-Hosenträger eleganten Kragenschnoren, weiß <b>95</b> 1 sehr schöner brauner Biber „Aparis“ Neopelton <b>95</b> 2 eleg. Regatten, moderne Muster <b>95</b> 1 Kinder- und He-man-Mütze <b>95</b> 1 Kinder-Rock m. Stre. <b>95</b>	<b>Handschuhe.</b> 2 Paar reißwiderst. Damen-Handschuhe, gestrickt, gemastert, vorzügliche Qualität <b>95</b> 1 Paar Damen-Handschuhe mit Halbfinger, dunkel u. schwarz <b>95</b> 3 Paar Herren-Handschuhe, reine Wolle, farbige, für das Alter von 30-40 Jahren <b>95</b> 1 Paar Herren-Handschuhe, reine Wolle, gemastert, weiß, schwarz, farbige <b>95</b>	<b>Strümpfe.</b> 2 Paar Damen-Strümpfe, schwarze Wolle, plattiert <b>95</b> 2 Paar Damen-Strümpfe, engl. Ig. <b>95</b> 1 Paar Damen-Strümpfe, reine Wolle, engl. lang, schwarz u. farb. <b>95</b> 1 Paar Herren-Strümpfe, gestrickt <b>95</b> 1 Paar Herren-Socken, 12 Paar-Strümpfe <b>95</b>	<b>Parfümerie usw.</b> Eau de Quin <b>95</b> Birken-Balsam <b>95</b> Brennnessel-Haarwasser <b>95</b> Franzbrantwein <b>95</b> 1 Handspiegel <b>95</b> 1 Kopfbürste <b>95</b> 1 extra groß. Zelluloid-Handspiegel <b>95</b> 1 Maniküre-Kasten, Steigl. <b>95</b> 1 Stange echt. bit. Mandarinen <b>95</b> 1 Stangen Glycerin-Seife <b>95</b> 2 Pack. Saiken-Kerzen <b>95</b>	<b>Bijouterien.</b> Sämtlich Neuheiten. 1 Sklavenreifen <b>95</b> 1 Kollier <b>95</b> 1 Boleronadel m. farb. Stein <b>95</b> 1 Taschennmesser mit guter Klinge <b>95</b> 1 Zigarrenabschneider <b>95</b> 1 Bleistift <b>95</b> 1 P. Tuia-Manschetten-Knöpfe <b>95</b> 1 entzückende Brosche <b>95</b> 1 Zigarrenspitze <b>95</b> 1 Kettenring <b>95</b>

# Gebr. Freymann

Sesselschaft mit beschränkter Haftung.  
 Kohlenmarkt 27-29. Danzig. Kohlenmarkt 27-29.

1 Spiegel, 1 Seifdöse, 1 Zahnpuderdose, 1 Zahnbürstendöcher, alles aus Zelluloid **95**

# Neueröffnung!

## Musikhaus Komet

Breitgasse 113 H. Stupel Breitgasse 113

Sie müssen sich überzeugen, dass billigste Preise und beste Qualität stehen einig ist.

Ein Beispiel für die Vereinigung von gut und billig:  
 Komet-Konzertapparate schon von 16,50 Mark  
 Komet-Platten doppelseitig 2,- Mark  
 Platten von 55 Pfg. bis 3,- Mark

Anhören und besichtigen ohne Kaufzwang gestattet.

Neu eröffnet! Musikhaus Komet Breitgasse 113 H. Stupel Breitgasse 113



Sprechapparate auf Teilzahlung.

Anzahlung Mark 5,-

Bestehen ohne Anzahlung

Neu eröffnet!



Platten größtes Lager

Hand-harmonikas

Hand-zeremonikas

Neu eröffnet!

# Redakteur und Geschäftsführer gesucht!

Die Volkswacht sucht zum 1. April d. J. einen Redakteur, der die ganze Schriftleitung allein zu übernehmen hat. Desgleichen einen branchekundigen Geschäftsführer, der neben der Geschäftsführung auch den Buchhandel zu versehen hat. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen werden bis zum 15. Februar erbeten an den Vorsitzenden der Preßkommission U. Fesken, Danzig, Dominißwall 8. III.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt. 8. Bezirk (Niederstadt).

Freitag, den 10. Februar, abends 8 Uhr im Restaurant U. Sinnig, Hirschgasse 9

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:  
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1911.  
 2. Vortrag: Entwicklung der Volkswirtschaft.  
 3. Wahlen. 4. Vereinsangelegenheiten.  
 Der Erfolg der Reichstagswahlen darf uns nicht ruhen lassen, wir müssen desto intensiver für Ausbreitung und Befestigung der Parteifortbildung und die Steigerung der Zahl der Parteimitglieder arbeiten. In diese Versammlung können Gäste eingeführt werden. Vollzähligen Besuch erwartet.  
 Der Bezirksführer: Bruno Schmidt.

## Arbeiter-Sekretariat Danzig

Dominißwall 8, Hof, 1 Treppe  
 Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle  
 Sachkundigen vormittags von 12-1, abends von 5-7 Uhr, Sonntagabends von 4-6 Uhr.

## Aus Westpreuzen: Christentum und Sozialdemokratie.

Die Menge aber der Gläubigen war Ein Herz und Eine Seele; auch sagte keiner von seinen Gütern, daß sie seine wären, sondern es war ihnen Alles gemein.  
Apostelgeschichte 4, Vers 32.

Herr Pfarrer Hankwitz in Steegen ist sehr bekümmert, daß die Sozialdemokratie in der Danziger und Elbinger Marienburger Niederung so große Fortschritte machte. Auch die Volkswacht und ihr Eintreten für die Sache der Armen gefällt dem Gottesmann nicht. Und da schreibt er in dem Gemeindeblatt für die Diözese Danziger-Nehrung einen längeren Artikel, der folgende Ausführungen enthält:

Es ist nicht wahr, daß die Arbeiterklasse unter schwerem Elend leidet; für unsere Verhältnisse in Deutschland gilt es schon gar nicht, aber auch nicht für die anderen Staaten, deren Bevölkerung überwiegend christlich ist. Bewußt entscheiden die Arbeiter mancher Annehmlichkeiten und Genüsse, die den Reichen zu Gebote stehen; aber gehören die denn zum wahren Glück des Lebens? Muß man Champagner trinken und Austern und Häufelbergschichten essen, um glücklich zu sein? Ich, meine Freunde, keine solche Genüsse ja auch, bin aber im allgemeinen froh, wenn man mich damit verhöhnt! Hat jemand, der sich in Purpur und köstliche Beinwand, in Sammet und Seide kleiden kann, mehr als derjenige, der sonst ein anständiges Kleid hat, seine Blöße zu decken und seinen Leib warm zu halten, wie es unsere Arbeiter bis zu den Wintermonaten hin haben? Ist es nötig, daß das Bett und das Sofa mit Schwandenbäumen gefüllt sind? Ich denke, Grünselbären und Mohrrübe tun es auch, ja, auch auf einem Holzstühle kann man ganz gut sitzen! Und was allerlei Vergnügungen anlangt, so ist den Arbeitern der Großstädte davon mehr zugänglich als bei uns auf dem Lande auch der Reichsten. Die größte Zahl unserer Arbeiter lebt besser als vor 20, 30 Jahren auch reiche Hofbesitzer, und ist das „schwere Elend“ zu nennen? Die voranstehende Behauptung ist nicht wahr! Es ist kein Hohn, wenn auch den Arbeitern gesagt wird: „So wir Nahrung und Kleidung haben, so laßt uns genügen!“ Wenn wir auf die Gesamtheit der Menschen auf Erden sehen, so gehören unsere deutschen Arbeiter nicht zu den Armen, sondern zu den Reichen.

Was aber von Not und Elend bei den Arbeitern wirklich vorhanden ist, das ist nicht die Folge der kapitalistischen Produktion, sondern gehört zu der Welt, unter der die ganze Menschheit leidet. Oder haben Krankheit und Tod zu den Palästen der Reichen, zu den Schlössern der Fürsten und Könige keinen Zutritt? Vor ein paar Jahren las ich eine ergreifende Schilderung des Jugendalters der Kaiserin von Rumänien, einer geborenen Prinzessin von Wied, die unter dem Namen Carmen Sijoa als Dichterin bekannt ist. Die Summe von Jammer und Elend, von der sie in ihrem Vaterhaus umgeben gewesen ist, muß auch jeder Arbeiters Herz von Mitleid erfüllt lassen! Und wann die sozialdemokratischen Blätter immer wieder den Reichtum gegen den Jammer, die alte Lage herrlich und in Frieden leben und „von dem Schweige der Arbeiter“, wie man sich auszudrücken beliebt, jökeln und prahlen, so können nur Toren, die deren Leben nicht wirklich kennen, mit Reichtum auf sie hören.

Ob es wirklich den Arbeitern Vorteil bringen würde, wenn alle Produktionsmittel zu gesellschaftlichem Eigentum gemacht würden, das ist doch mindestens sehr zweifelhaft. Die bisherigen Erfahrungen mit Gemeineigentum geben zu den größten Bedenken Anlaß! Diejenigen, die imstande sind, sich von der Gestaltung der Verhältnisse einermessen eine Vorstellung zu machen, behaupten, daß der sozialdemokratische Zukunftsstaat ein großes Justizhaus sein würde, daß das Privateigentum die Grundlage menschlicher Freiheit ist. Wenn aller Besitz in einen Topf geworfen wäre, so wären diejenigen die Herren über alle Menschen, die den Topf hielten, aus diesem Topfe zu schöpfen. Wer will behaupten, daß sie, denen dann natürlich durch allgemeine gleiche Wahlen die Verwaltung anvertraut wäre, immer gerecht sein würden?

Vernünftig ist, mit vorichtiger Hand an unsere Verhältnisse heranzutreten, nicht aber, alles von Grund aus umzuwälzen, um ein zweifelhaftes Neues an die Stelle zu setzen!

Und für ein solches zweifelhaftes Ziel sollen Menschen sich ganz und gar hingeben? wemöglich ihr Blut hingeben und anderer Menschen Blut vergießen? Denn daran kann doch kein Zweifel sein, daß der „Klassenkampf“ mindestens zum Verfaße gewalttätigen Umsturzes hinführt!

O, ihr Arbeiter, meine Freunde und Brüder — das seid ihr meinen Herzen als Deutschen und Christen —, fehet doch zu und prüfet! Weret euer Vertrauen nicht fort, das eine große Beruhigung hat! Laßt euch nicht von denen auf Wege d. s. Verderbens führen, die sich nicht scheuen, Gott zu lästern und unsern Kaiser die ihm gebührende Ehrerbietung zu verlagern! Laßt euch nicht zugleich einer edeligen Vaterland und einer himmlischen Vaterhaus räumen! Sorget zu eurem eigenen Besten und zum Besten aller deutschen evangelischen Brüder, daß in eurem Herzen und Leben geblüht, was zum Frieden dienet und zur Sicherung untereinander dienet!

Ein sozialdemokratischer Redner sprach einst in öffentlicher Versammlung in Berlin:

„Wenn es einen Gott im Himmel gibt, so sind wir gekümmert! Seid ihr wirklich die Narren, gegen das Zeugnis eures Herzens und Bewußtseins auf diesen Weg zu gehen?“

Jetzt auch nicht, Gott läßt sich nicht spotten! Sozialdemokratie führt zum Tod, christlich gesinnt kein ist Leben und Friede!

Herr Pfarrer Hankwitz sagt uns armen Sozialdemokraten so ziemlich alle Schlichkeiten nach, die es auf Erden gibt. Soweit uns erinnerlich, hatte er bereits einige Gelegenheiten, die persönliche Bekanntschaft von Sozialdemokraten zu machen. Ob ihm keine Eindrücke wirklich nicht Veranlassung gaben, eine bessere Meinung von uns zu gewinnen? Nun könnten wir den Sozialismus mit der glühendsten Beredsamkeit verfechten; einem Manne gegenüber, der schlanghaft das tausendfältige Elend der Arbeiterklasse feignet, würden Vernunftgründe doch nicht verlangen. Und wer mit solchen Mäßen operiert, wie dem sozialdemokratischen Berliner Redner, von dem der Pfarrer in seinen Schlussworten spricht, dessen Redigt ist der jählichen Würdigung gegnerischer Ueberzeugungen wirklich nicht fähig. Nicht für den Pfarrer Hankwitz sind unsere Zeiten bestimmt — lediglich unseren Parteifreunden wollen wir zeigen, wie groß der Widerspruch ist, in dem sich dieser „Gott“ mit der Bibel bewegt als auch mit einer großen Zahl seiner Amtsbrüder befindet.

Die Erfindung irgend eines Sozialdemokraten ist der Klassenkampf nicht. Ihr kennt bereits die Bibel. Alle Propheten des alten Testaments waren Klassenkämpfer und übertrafen an Schärfe ihrer Kritik weit die heutigen Sozialdemokraten. Als Beweis sei das 18. Kapitel des Jesus Sirach mit seinem: Wie die Hyäne sich zum Hunde gesellt, also das Reich zum Armen, und seinem: Wie der Löwe das Wild frisst in der Heide, also auch der Reiche den Armen; angeführt. Ferner die ebenfalls im Sirach nachzufindende Stelle: Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, ist ein Bluthund! Wie viel Monate Gefängnis würden einem der heutigen „Heger“ beschreiben sein, der vorweggenen wäre, diese biblischen Kräfte stellen einem Unternehmer gegenüber anzuwenden?

Das „alles in einen Topf werfen“ war schon in den Gemeinden der ersten Christen gang und gäbe. Wer das bezweifelt, der möge das vierte und fünfte Kapitel der Apostelgeschichte nachschlagen. Klassenkampf wie Kommunismus könnten wir Sozialdemokraten mit vollem Recht aus der Bibel ableiten. Wir verzichten darauf, weil die wirtschaftliche Entwicklung ein ungleich besseres Fundament darstellt.

Wie Herr Hankwitz denken oder durchaus nicht alle Geistlichen, Bereits in einem Flugblatt, das unsere Parteigenossen auch in dem Kirchenjüngel des Herrn verbreiteten, gaben wir eine Anzahl Urteile wieder, die die geistig hervorstechendsten Männer über unsere Bestrebungen fällten. Einige wollten wir heute noch aus der uns zu Gebot stehenden Fülle hinzufügen.

Carmen Sijoa, die rumänische Königin, die der Herr Pfarrer von Steegen gegen uns ausspricht, erklärte:

Was würden wohl die heutigen Christen tun, wenn Christus wieder ersöhne? Ich glaube, sie würden ihn sofort für einen geistlichen Sozialisten erklären und in ein Irrenhaus sperren. Selbst hat dem Christentum streng nachleben wollen und er ist moralisch so gut wie getreuigt worden... käme heute Christus wieder, so würde er erkant sein zu sehen, wer sich Christ nennt!

Weil wir nicht zitieren, ohne die Quelle nachzuweisen, sei festgestellt, daß die liberale Bostische Zeitung in der Nummer 10 vom 7. Januar 1907 diese Ausführungen der Königin wiedergab.

Der Hamburger Pfarrer Cordes führte Ende 1907 in einer Rede, die er vor einem Arbeiterverein in Mörs im Rheinland hielt (näheres ist in der Vorwärtsnummer vom 20. Dezember 1907 nachzulesen), aus:

Der Sinn der großen sozialistischen Bewegung sei, man solle sich nicht als Gegner im Kampf ums Dasein zerfleischen, sondern als Brüder gemeinsam die Errungenschaften der Kultur besitzen. Es sei nicht nötig, daß Not und Elend zu allen Zeiten weiter bestehen. Das habe auch Jesus nicht gewollt. Unentzählich sei es, zu hören, wenn man drei Millionen deutscher Arbeiter als eine Bande von Wurdbrünnern und Vaterlandsverrätern schmähe, obgleich sich bei ihnen ein sehr patriotischer Idealismus, der Liebe an die Zukunft des Volkes, zeige!

Aus den drei Millionen von damals wurden in diesem Jahre vier. Und die große Mehrzahl von uns wird die Zeit, da die Sozialdemokraten die Mehrheit des Volkes bilden, und die Gesellschaft auf eine gerechtere Grundlage stellen, noch erleben. —

Wer die Geschichte kennt, weiß, daß es das Erwachen der Persönlichkeit gewesen ist, welches dem Proletariat den ersten Stoß zur Selbstbehauptung gab... Die können die Tatsache gar nicht hoch genug schätzen, daß Leben und Bewegung in eine stumpfsinnige Masse gekommen ist. Früher gingen sie unter der Last der Arbeit oder unter der Anklage ihrer Peiniger gleichgültig zu Grunde. Jetzt dieser Drang, diese Sehnsucht, dieses mächtige Gefühl von dem, was sie sind! Und dieses Erwachen des Geistes, dieses Verlangen nach Leben und Persönlichkeit sollte eine bloße Frage sein?

So sprach Pfarrer Schirnhäuser auf der relig.-soz. Konferenz in Jülich Mai 1907. — Manche Spalte wären wir in der Lage, mit ähnlichen Urteilen von Geistlichen zu füllen. Wir wollen in dessen nur noch einen Amtsbruder aus der engeren Heimat des Herrn Hankwitz das Wort geben. Am 6. September 1900 hielt der Oberkonsistorialrat Franz, der damals antirendender Geistlicher der Marienkirche in Danzig war, eine Rede und urteilte in ihr über die Sozialdemokratie wie folgt:

Mag die gegenwärtige Wirtschaftsordnung den höchsten Anforderungen entsprechen, christlich ist sie nicht, sondern sehr nachteilig, selbsthätig und grausam. Aber daß die Wirtschaftsordnung, welche die Sozialdemokraten erheben, jenen christlichen Grundsätzen der Gleichheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit viel mehr entspricht, als die gegenwärtige kapitalistische, das kann kein Unbefangener und Klarblickender in Abrede stellen. Die Kirche hat niemals wollen und ganzen Ernst gemacht mit dem offenen Bekenntnis zu den sozialen Forderungen Jesu und der Apostel!

Sozialdemokratie und christliche Weltanschauung stehen nicht in Widerspruch zu einander. Wenn zwischen der Kirche (die mit der Religion noch lange nicht gleichbedeutend ist!) und der Sozialdemokratie ein Gegensatz besteht, so ist das die Schuld der Kirche. Geistliche wie Pfarrer Hankwitz sind die Ursache, daß die Massen dem offiziellen Christentum immer mehr entfremdet werden. Wer so die Sache der Reichen vertritt, braucht sich nicht zu wundern, wenn die Armen kein Vertrauen zu ihm haben. Auch im Mündungsgebiet der Weichsel übernimmt der Sozialismus die Rolle, die eigentlich Christ Nachfolger zuteil wurde: Helfer und Tröster der Armen und Unterdrückten zu sein. Kein Lamento und kein Bannfluch ändert etwas an unserm Vordringen. Wenns Herrn Hankwitz um fünf Jahre wieder gelüftet, seine räumigen Schätze zu zählen, werden es noch mehr als heute sein. Herr Hankwitz ist ja bereits wieder dabei, uns neue Anhänger zu werben. Und der Erfolg seiner Aufklärungsarbeit wird nicht ausbleiben.

### Elbing.

Für die Vergebung städtischer Arbeiten hat der Magistrat eine Reihe von Grundrissen ausgearbeitet und den Stadtverordneten als Vorlage unterbreitet. Im allgemeinen laufen sie auf die Förderung des sogenannten Mittelstandes hinaus. Eine Bestimmung sieht, z. B. vor, bei der Vergabe handwerksmäßiger Arbeiten stets Bewerber berücksichtigt werden, die den Weisheit führen und Mitglied einer Innung sind. Im 20. Jahrhundert und in der zweitgrößten Stadt der Provinz ist solch eine Bestimmung wirklich sehr zeitgemäß. Volle Sympathie kann eigentlich nur einer der Grundriss entgegen, daß die niedrigste Forderung nicht für die Zuschlagserteilung maßgebend ist. Ferner sind Unternehmer auszuschließen, die in unvernünftiger großer Anzahl Lehrlinge oder ungeleitete Arbeiter beschäftigen oder in Strafhaft arbeiten lassen. Das mag auch hingenommen werden, obwohl der Erfolg geleiteter Arbeiter durch ungelitete durch solche Mittelchen ja doch nicht zu verhüten ist. Was soll aber die Bestimmung, daß Unternehmer, die ihren Arbeitern und Lieferanten gegenüber die gesetzlichen Verpflichtungen nicht erfüllen, von den städtischen Arbeiten auszuschließen sind? Mit so vagen Begriffen wie „gesetzlichen Verpflichtungen“ ist nichts anzufangen. Zum mindesten muß festgelegt werden, daß Unternehmer, die keine tarifmäßigen Löhne zahlen, auch keine städtischen Arbeiten erhalten. Das liegt im Interesse der ganzen Stadt; denn je höher die Löhne, um so geringer die Armutslaster. Wir meinen, die letzte Stadtverordnetenwahl in der dritten Abteilung hätte dem Magistrat deutlich den Weg gewiesen, den die Elbinger Arbeiterklasse gehen will. Aber nicht nur, daß der Magistrat die Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigte, er nimmt sogar noch Partei für die Unternehmer. Zum Schluß steht der Entwurf vor, daß bei Streiks oder Aussperrungen die Termine der Lieferungsfrist um die Dauer des Streiks oder der Aussperrung verlängert werden können. Das ist ein so tolles Stück, daß man zunächst glaubt, nicht richtig gelesen zu haben. Jedenfalls mag der Magistrat sich darauf gefaßt machen, daß die Vertreter der Arbeiter-

schaft ihm auf seine Prosofation eine gepfefferte Antwort nicht schuldig bleiben werden.

### Spiegelberg, wie kennen Dich!

Die Deutsche Tageszeitung bringt eine Berichtigung des Stadtforsstrats Schröder, in der es heißt:

„Es ist (in der Deutschen Tagesztg.) behauptet worden, ich habe die Stichwahlbedingungen der Sozialdemokratie unterschrieben. Das ist nicht wahr. Ich habe vielmehr das Anstimmn, mich auf diese Bedingungen festzulegen und sie zu unterschreiben, ausdrücklich abgelehnt.“

Schröder, Stadtforsrat, M. d. R.  
Gewiß, unter geschrieben hat der Herr unsere Stichwahlbedingungen nicht; soweit gut. Unwahr ist aber, daß Schröder es „ausdrücklich“ abgelehnt hat, sich auf diese Bedingungen festzulegen. Im Gegenteil: Drei Ehrenmänner sind bereit, in jeder Form zu bestätigen, daß der Herr Forsstrat Schröder sich mündlich auf unsere Bedingungen verpflichtete. Daran läßt sich nichts drehen und deuteln, daran ändern laufend Berichtigungen nichts! Nur weil der „waterländische“ Forsstrat bei den Elbinger Sozialdemokraten keinen politischen Kredit hatte, weil er als Parteimann nicht die Gewähr bot, auch h a l l e n zu können, was er in seinen Stichwahlschmerzen bereitwillig versprach, nur darum behandelten unsere Genossen seine Zusage als Luft. Wie recht sie taten, lehrt obige Berichtigung. Tatsache ist, daß viele nichtorganisierte sozialdemokratische Wähler bei der Stichwahl dem Forsstrat nur deshalb ihre Stimme gaben, weil sie von Interessenten in den falschen Glauben veretzt worden waren, er habe die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen für sich als bindend anerkannt. Der Dank ist jetzt, ein Felsabbruch über den anderen. Uns solls recht sein. Desto rascher und gründlicher werden die Irrenden geheilt.

Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Vereins im letzten Vierteljahr des Jahres 1911 war im besonderen der verflochtenen Reichstagswahl gewidmet. Wenn trotz der günstigen Situation der Erfolg nicht jeden unserer Genossen befriedigt, so ist zu berücksichtigen, daß ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden sind, welche der Sozialdemokratie hindernd im Wege stehen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter in den Städten wie auf dem Lande, die Furcht vor Arbeitslosigkeit und andere schwerwiegende Gründe, lassen viele uns gleichgesinnte Arbeiter zaudern beiseite stehen. Diesemummen waren die Gegner in den Wahlkreisen, um die unteren Volksschichten zu binden. Festlichkeiten wurden veranstaltet, die Arbeiter mit Alkohol betäubt und dadurch politisch blind gemacht. Ein Beispiel dafür: An der Haftkette erhielten die Arbeiter nach einer Versammlung 14 Ächel Freiber. Allerdings hieß es nachher, es sei eine Kaisergeburtstagsfeier gewesen. Nicht schwierig und für die beteiligten Genossen mit großen Aufregungen verknüpft, waren die Flugblattverbreitungen. Grundlose Wege bei den beiden ersten Verbreitungen und tiefer Schnee bei der dritten Verteilung. Trotzdem wurden ziemlich prompt 187 000 Flugblätter, 16 000 Volkskalender, außer den anderen Aufrufen und Broschüren verteilt. Das geschriebene Wort besitzt nur bis zu einem gewissen Grade Agitationskraft. Wo es anging, hielten wir daher Versammlungen ab. Außer in Elbing, steht uns aber im ganzen Wahlkreis nicht ein einziges größeres Lokal zur Verfügung. An einzelnen Orten gelang es, eine Stube oder ein Städtchen Land zu verhältnismäßig hohen Preisen zu mieten. Der Erfolg zeigte sich am Tage der Wahl, indem unsere Stimmzahl in diesen Orten bedeutend stieg. Im Verlauf des vergangenen Vierteljahres wurden 10 Sitzungen, 14 Mitglieder- und 26 öffentliche Versammlungen abgehalten. Trotz des Terrorismus unserer Gegner, trotz des Eifers, mit dem diese die Wähler vor dem roten Gelpenst grandlich machten, ist ein erfreuliches Anwachsen der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Es wurden 85 männliche und 67 weibliche Mitglieder neu aufgenommen. Abgereist resp. ausgetreten sind 37 männliche und 8 weibliche Mitglieder, so daß wir am Schluß des Jahres 588 männliche und 208 weibliche, insgesamt 792 Mitglieder in unseren Reihen zählen. Die Einnahmen betragen 639,53 Mark, wovon 548,30 Mark aus Beiträgen stoffen. Die Ausgaben, eingerechnet die der Stadtverordnetenwahl, stellten sich auf 554,78 Mark. Der Sterbefallensfond beträgt 237,89 Mark.

Genossen! Genossinnen! Ein Vierteljahr arbeitsreicher Tätigkeit und schöner Erfolge liegt hinter uns. Glänzender Sieg bei der Stadtverordnetenwahlen! Moralischer Sieg bei der Reichstagswahl.

Nun auf zur Agitation, zur Werbung neuer Kämpfer, zur Stärkung der Organisation.

### Das „kleinere Uebel“.

Noch ist der Reichstag nicht zusammengetreten, um seine Tätigkeit aufzunehmen und die Sünden seiner Vorgänger gutzumachen. Democh sind bereits die Scharfmacher emsig an der Arbeit. Und zwar soll die Reichspartei, zu der Forsstrat Schröder, das „kleinere Uebel von Elbing“, ja auch gehören soll, beabsichtigen, sofort nach dem Zusammenritt des Reichstages eine Interpellation einzubringen, die gesetzliche Maßnahmen, besser gesagt, U s u a h m e g e l t e gegen den Terrorismus Streifender verlangt. Vielleicht wird manchem vertrauensfertigen Arbeiter ein Seifenleder aufgehen, wenn er dann sieht, wie töricht er war, als er dem Schützling dieses seine Stimme gab.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am 1. Februar war trotz des kalten Wetters sehr gut besucht. Ein Vortrag des Genossen M e n e r über die verschiedenen Formen des Klassenkampfes fand lebhaften Beifall. An Stelle des bisherigen 1. Schriftführers, welcher Elbing verläßt, wählte die Versammlung den Genossen Meyer.

Das Wintervergütigen der Partei wurde nach dem Vorschlag des Vorstandes auf Sonnabend den 16. März festgelegt und soll in der üblichen Form begangen werden. Mit dem Hinweis auf den am 12. Februar stattfindenden Stadtverordnetenwahl fand die Versammlung ihren Schluß.

### Danzig-Land.

Die Prinzlaster Gutmepplerke sagte ihrem bisherigen Verlehrslokale Ade. Mit Sozialdemokraten wollten die Herren fürder nicht mehr unter einem Dache haufen. Selbst der Hochtempel, Herr Frehl, erklärte, daß das eigentlich kein stichhaltiger Grund sei; denn nie sei ein Arbeiter den Bestrebungen der Gutmeppler in den Weg getreten. Aber einzelne Feinde der Arbeiter kommen so doch zu ihrem Recht und da kümmert es sie nicht, wenn sie auf diese Weise einen Beweis mehr dafür liefern, daß die angeblich politische Unparteilichkeit der Gutmeppler eine Fabel ist.

Der Wohnungsvertrag eines Landarbeiters. Ein Freund unserer Sache sendet uns die Abschrift eines Vertrages, den ein Arbeiter in Prinzlaff mit einem zuziehenden Arbeiter geschlossen hat. Das Schriftstück sieht wie folgt aus:

### Kontrakt

§ 1.  
Zwischen dem Arbeitgeber... Prinzlaff und dem Arbeiter... Januar sind folgende Bedingungen verabredet und geschrieben worden.

